

# Straßenumbenennungen als ein politisches Problem

von

Tristan Abromeit

3. Oktober 2018  
Tag der deutschen Einheit

[www.tristan-abromeit.de](http://www.tristan-abromeit.de)

Text 158.2

## **Der Blick in den Spiegel ist falsch adressiert**

Über den Umgang mit einem ungeliebten politischen Konkurrenten  
und die Unkenntnis des Versagens der eigenen Partei in der  
Weimarer Republik

Offener Brief  
für das Mitglied des Bundestages und den SPD-Politiker  
Johannes Kahrs

von  
Tristan Abromeit  
September 2018

Text 158.1

[www.tristan-abromeit.de](http://www.tristan-abromeit.de)

Als ich als Vorbereitung für meinen Offenen Brief an Herrn Johannes Kahrs, MdB und Mitglied der SPD, noch einmal in dem Buch „Inflation und Deflation zerstören die Demokratie“ von Gerhard Ziemer las und in seinen *Schlussfolgerungen* - ab Seite 223 – da angekommen war, wo Ziemer auf Hindenburg eingeht <sup>1</sup>, für den ich kein besonderes Interesse hege <sup>2</sup>, fiel mir wieder ein, dass man in Hannover eine Hindenburgstraße umbenennen will oder schon hat, weil der schon lange verstorbene, ehemalige Reichspräsident Paul von Hindenburg Adolf Hitler zur Macht verholfen hat. Ich fand im Netz einen Beitrag zum Thema aus der HAZ vom 06.10.2015. Dass der Bericht schon drei Jahre alt ist, ist für das, was ich sagen will, uninteressant. Ich zitiere nachfolgend einen Teil dieses Artikels <sup>3</sup>:

> Aus der Stadt

### **Reaktionen auf Straßenumbenennung**

Hannover

[Zehn Straßen in der Stadt sollen andere Namen bekommen](#), darunter so exklusive Adressen wie die Hindenburgstraße im Zooviertel und der Franziusweg in Herrenhausen. Eigentlich geht es nur um eine Empfehlung des wissenschaftlichen Beirats der Stadt, noch ist keine politische Entscheidung getroffen. Und doch ist die Aufregung in Hannover groß. Eine Vielzahl von HAZ-Lesern meldet sich in den sozialen Medien zu Wort. Die Einlassungen reichen von strikter Ablehnung über Unverständnis bis zur Zustimmung. „So sollte man nicht mit der Geschichte der Stadt umgehen“, sagt ein Nutzer der HAZ-Facebookseite. Ein anderer meint, dass es weniger um Geschichtsvergessenheit als vielmehr um die Ehrung fragwürdiger Personen gehe. Auch in der Kommunalpolitik schlägt die rote Liste des Beirats hohe Wellen, vor allem in den Bezirksräten, die über neue und alte Straßennamen entscheiden. Eine Tendenz lässt sich schon jetzt erkennen: Die Tage der „Hindenburgstraße“ sind gezählt. Die Suche nach alternativen Namen für die Villenstraße am Rande der Eilenriede ist eröffnet.

„Die Hindenburgstraße gehört zu den schönsten im Stadtbezirk. Sie hat einen anderen Namen verdient“, sagt Bezirksbürgermeister Michael Sandow (SPD). Reichspräsident Paul von Hindenburg habe als Wegbereiter Hitlers zur Macht unendlich viel Leid über Deutschland und Europa gebracht. „Welche Alternativen es zu dem Namen gibt, wollen wir mit den Kollegen aus den anderen Fraktionen besprechen“, sagt Sandow. Auch Anlieger sollen „konstruktiv“ beteiligt werden. Grünen-Fraktionschef Martin Nebendahl geht ebenfalls „stark davon aus, dass die Hindenburgstraße umbenannt wird“. Er

---

1 Ich gebe die betreffenden Seiten aus Ziemers Buch weiter unten wieder.

2 Jetzt, als ich die biografischen Daten über Paul von Hindenburg in Wikipedia las, wurde mir erst bewusst, dass mein loser Kontakt in der Vergangenheit zu zwei Frauen namens von Pentz wohl ein Kontakt zu einer Enkelin und Urenkelin von Hindenburg war.

3 Ich habe nochmals im Netz nachgeschaut. Die HAZ meldet am 24. 8. 2018: „Bezirksrat: Hindenburgstraße soll Namen verlieren / SPD-Antrag findet im Bezirksrat Mitte eine Mehrheit von elf zu sieben Stimmen.“ <http://www.haz.de/Hannover/Aus-der-Stadt/Bezirksrat-Mitte-Hindenburgstrasse-in-Hannover-wird-umbenannt>

rechnet damit, dass erste Namensvorschläge schon in diesem Jahr auf den Tisch kommen und Anfang kommenden Jahres eine Entscheidung fällt.

Der Bezirksrat Mitte mit seiner rot-grünen Mehrheit spricht aus Erfahrung. Das Gremium hatte unlängst den Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz in Hannah-Arendt-Platz umbenannt. FDP-Mann Wilfried Engelke mahnt zur Vorsicht. „Wir müssen mit der Volksseele sensibel umgehen“, sagt er. Schließlich habe sich auch ein Begriff wie „Hindenburgviertel“ etabliert, so etwas könne man nicht einfach übergehen. ...

<http://www.haz.de/Hannover/Aus-der-Stadt/uebersicht/reaktionen-auf-strassenumbenennung-keine-chance-fuer-hindenburg>

Erst einmal will ich mich allgemein zu Straßenbenennungen und -umbenennungen äußern, dann gehe ich auf den Fall Hindenburgstraße ein. Heute, am 4. Oktober, bringt die HAZ unter dem Titel > „Gerecht wäre anders“ < ein Interview mit der > Grünen-Chefin Baerbock < zum Dieselproblem. Dort heißt es zu dem Kompromissprogramm. > Das ist ein Konjunkturprogramm für Politikverdruss <. Ein solches Programm sind nach meiner Einschätzung auch die Straßenumbenennungen. Denn die möglicherweise mit den Umbenennungen verfolgten ideellen Ziele oder die Begründung der angestrebten politischen Korrekturen interessieren in der Regel die betroffenen Bewohner und alle Bürger, die sich anhand vertrauter Straßennamen in einer Stadt orientieren müssen, wenig <sup>4</sup>. Zustimmung durch die Anwohner von Straßen und Wegen, die Umbenennungskandidaten sind, erhalten solche Vorhaben wohl dann, wenn der Straßename nach einer Person benannt ist, die stark in Ungnade des Zeitgeistes gefallen ist oder sachlich anrühlich ist. Ich wohnte mal in einem Dreckweg – was mich nicht störte -, der wurde ohne öffentliche Diskussion in Weißdornweg umbenannt, ohne die Korrektur konsequent durchzuführen, denn der Weg war im Zeitpunkt der Umbenennung schon eine Straße. Änderungen von Straßennamen bedeuten nicht nur eine Veränderung einer Orientierungshilfe in einer Stadt, einem Dorf oder einer Siedlung, sondern auch Kosten und zwar nicht für die Gremien, die die Änderung beschließen, sondern für die Anlieger, die die Kosten für Änderungen bei dem Briefpapier bis zum Personalausweis tragen und die Verlage und Unternehmen, die gedruckte oder technische Hilfsmittel zur Orientierung herstellen und verkaufen. Geschäfte, deren Image stark mit einem Straßennamen verbunden ist, erleiden einen Verlust. Autofahrer, die ein älteres Navigationssystem benutzen, werden in die Irre geführt.

---

4 Ich müsste hier eigentlich das Wort *vermutlich* einfügen, denn mir liegt dazu keine repräsentative Befragung vor. Ich las aber neulich die Aufforderung, der eigenen Wahrnehmung zu trauen. Nicht alles, was unter wissenschaftlicher Erkenntnis auf dem Informationsmarkt käme, sei vertrauenswürdiger als die eigene Sicht.

Das Thema Straßennamen ist durchaus interessant und nicht unstrittig. Schon die Wahl der Namensart kann die Gemüter der Beteiligten zur Wallung bringen. Ich kann mich an eine Diskussion aus dem Jahr 1959 in der Ländlichen Heimvolkshochschule Mariaspring bei Göttingen erinnern, wo der Vorschlag, die Straßen einfach mit Ziffern von 1 bis X zu belegen, auf heftigen Widerspruch stieß. Anwohner einer Straße sind ganz selten an der Namensgebung beteiligt und wenn, dann nur die erste Generation nach dem Straßenbau. Nur selten erfährt man nach welchen Motiven und mit welchem Ziel die Beschlussgremien die Namen aussuchen und die Straßen benennen. An dieser Stelle fiel mir mein Leserbrief für die Neustädter Zeitung zu einer Namensgebung aus dem Jahr 1979 wieder ein. Ich habe ihn sogar noch gefunden. Ich schrieb damals:

### **»Kajütenweg« (NZ v. 11.7.79)**

Der Straßenbenennungsvorschlag der Stadtverwaltung zeigt weder Fantasie noch Einfühlungsvermögen. Die Straßenbenennung »Kajütenweg« vorzuschlagen, weil es schon einen Graf-Luckner-Weg und einen Gorch-Fock-Weg gibt, ist so, als ob einer Schiller- und Goethe-Str. eine Bühnenvorhang-Straße hinzugefügt werden solle.

Es ist dabei durchaus sinnvoll, Mardorfs Öffnung zum Wasser hin durch »maritime« Straßennamen zu dokumentieren, nur sollte die Namensgebung Logik, Witz oder Tradition verraten und auch die Wünsche der Anlieger widerspiegeln. Wenn Personennamen als Beispiel genannt werden, dann sollte auch ein weiterer Personenne als Vorschlag gebracht werden. Wie wäre es mit »Rudolf-Kinau-Weg«? Rudolf Kinau hat wie sein Bruder Gorch Fock die Menschen auf dem Wasser und an der Küste beschrieben und hat in der Plattdeutschen Sprache geschrieben, die seit 800 Jahren auf dem Ackerland gesprochen wurde, das jetzt Siedlungsgebiet wurde.<sup>5</sup>

Tristan Abromeit

Man sieht, ich war damals noch aufgeschlossen für Personennamen für die Straßenbezeichnungen. Inzwischen ist diese Haltung einer Skepsis gewichen, weil Namen von mehr oder weniger bekannten Personen immer von einer kurzen Verfallszeit des Wohlwollens bedroht sind. Das hängt damit zusammen, dass bei der Auswahl der Namensgeber der Zeitgeist der Richter ist. Auch heute nach zeitgeschichtlichen Kriterien benannte Personen unterliegen dem Verfallsdatum, nur ist dieses noch nicht bekannt. Selbst bekannte Personen, die politisch korrekt waren oder sind bzw. erscheinen, können für einzelne Bürger zum Problem werden. Vor einiger Zeit sagte mir eine Frau, sie könne sich vorstellen, in eine Schiller-Straße zu wohnen, aber nicht in eine Goethe-Straße, denn Goethe hätte ihr schon in der Abiturzeit quer

<sup>5</sup> Man hat sich dann auf *Eichenkämpfe* geeinigt.

im Magen gelegen. Außerdem: Der Bezug des Straßennamens zu den Namensgebern bleibt vielen Bürgern verschlossen oder geht verloren. Ob die Erläuterungstafeln mit Hinweisen auf den jeweiligen Namensgeber, die vielerorts unter das Schild mit dem Straßennamen gehängt wurden, da eine Abhilfe schafft, ist auch zweifelhaft. Manche Straße, die den Namen einer berühmten Person trägt, könnte man genauso schwarze oder weiße, krumme oder gerade, kurze oder lange Straße nennen. Die Funktion der Straßennamen würde – bis auf die beabsichtigte Ehrung von heute, die morgen schon wieder bedauert werden kann – erhalten bleiben. Am besten sind Straßennamen, die stadtauswärts in Richtung auf die nächste Stadt oder den nächsten Stadtteil verweisen, wie z. B. Die Hildesheimer Straße in Hannover oder die Himmelsrichtung angeben, weil das zusätzlich Orientierungshinweise sind. Ein besonderes Kapitel von Straßennamen, die nach Personen benannt werden, scheinen mir die zu sein, die in Gewerbegebieten liegen. Mir scheint, hier hat die Namensgebung z. B. Siemens- oder Bosch-Straße nichts mehr mit einer Ehrung der Namensgeber zu tun, sondern die Beschlussgremien müssen wohl die Vorstellung haben, dass ein Gewerbegebiet erst durch die üblichen Namen aus der Pinonierzeit der Industrie existent werden. Ein weiteres Kapitel im Thema Straßennamen könnte jenes sein, das nach ehemaligen deutschen Regionen wie Ostpreußen oder Schlesien bzw. nach Städten wie Memel und Breslau benannt wurde. Mich wundert, dass die Antifa diese Namensgebung noch nicht als Revanchismus und nationalistische Haltung in ihrer Propaganda aufgegriffen hat.

Um in Zukunft mit der Namensgebung der Straßen nach Personen keinen Ärger mehr zu bekommen, sollten die Städte zwei Haine anlegen, einen, wo sie Bürger der Stadt, Deutschlands und der Welt durch Aufstellen von steinernen Tafeln in der Namen der Geehrten und der Grund der Ehrung eingraviert sind, aufstellen können und einen anderen, wo die aussortierten Tafeln von jenen Personen hingelegt werden, die in Ungnade gefallen sind. Das Modell würde aber nur dann funktionieren, wenn ein sauberer Schnitt gemacht werden könnte, nämlich alle Straßennamen mit Personennamen in solche mit Sachnamen umbenennen. Das würde aber wohl einen Aufstand auslösen. Darum ist es besser, Toleranz gegen jene zu üben, wo sich später herausstellt, dass sie der Würdigung nicht wert sind oder ein Grund sind, dass eigene politische Verhalten auf dem Hintergrund jener zu reflektieren, die vom Sockel gestoßen werden sollen.

Ich nähere mich dem Anlass dieses Schreibens, nämlich das Vorhaben, die Hindenburgstraße in Hannover umzubenennen. Ich beginne mit der Umbenennung des Hin-

rich-Wilhelm-Kopf-Platz in Hannah-Arendt-Platz. Ich habe nicht vor, die Geschichte der Platz-Umbenennung nachzuerzählen. Hier verweise ich auf einen Bericht in der HAZ vom 16. 09. 2014 „Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz wird zu Arendt-Platz“ .

<http://www.haz.de/Hannover/Aus-der-Stadt/Uebersicht/Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz-wird-zu-Hannah-Arendt-Platz>

Und im nachfolgenden Bericht wird das ganze Thema auf dem Hintergrund verschiedener Personen an verschiedenen Orten behandelt:

### **Eine fragwürdige Ehrung? - Stadt Wolfsburg**

*[https://www.wolfsburg.de/.../informationsveranstaltung\\_strassenumbenennung\\_detme..](https://www.wolfsburg.de/.../informationsveranstaltung_strassenumbenennung_detme..)*

**Eine fragwürdige Ehrung?** / Informationsveranstaltung zur Diskussion um die Hinrich-Kopf-Straße in Detmerode / 2. November 2015 // Bürgerbegegnungsstätte Detmerode / Bericht von Marcel Glaser, M.A. (Universität Kassel)

Zu lesen ist, dass die CDU sich für die Umbenennung des Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platzes einen Sachnamen gewünscht hat, sich aber nicht damit durchsetzen konnte. Ich hätte „Platz des Parlaments“ gut befunden, damit hätten sich alle Bürger und Parteien anfreunden können. Die ganzen Straßenumbenennungen gehören doch zu dem Bereich der Symbolpolitik, die einen politischen Trend – zum Beispiel einen Rechtsruck – nicht verhindern können und als Befürworter einer Umbenennung erhält man auch keine Garantie dafür, weiterhin zu den guten Deutschen zu gehören. Den Status des guten Deutschen erhält man dadurch, die Schuld der Deutschen an allen Übeln dieser Welt in der Vergangenheit und Gegenwart zu propagieren und zu pflegen. Diese Symbolpolitik sieht nicht, dass der Rechtstrend in unserer Gesellschaft ihr eigenes Produkt ist.

Es bleiben Fragen bei mir, die eine Antwort suchen:

a) Lohnt es sich für einen Menschen, der in der Vergangenheit gefehlt hat, danach Gutes zu tun oder dieses wenigstens anzustreben, wenn er letztendlich nur an dem gemessen wird, was er in seiner dunklen Zeit – die selber dunkel war – bewirkt hat? Wenn hier nein gesagt werden muss, dann waren alle Bemühungen nach der Nazi-Zeit den guten Deutschen in einem besseren Deutschland zu ermöglichen für die Katz. Mein Verdacht ist, dass man die Schuld der Deutschen als politisches Gestaltungsinstrument beibehalten möchte, aber blind für die Auswirkungen einer solchen Politik ist. Dabei wundert man sich über den Rechtsruck in der Politik, obwohl dieser schon vor Jahrzehnten vorhergesagt werden konnte.

b) Wird mit der Umbenennung des Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platzes in Hannah-Arendt-Platz die Publizistin und Philosophin geehrt und ihr Anliegen gefördert? Ich denke nein, denn es werden nicht wenige Niedersachsen sein, die das als Abwertung und Entehrung eines als verdienstvollen Mannes betrachten und Hannah-Arendt diese Tat anlasten, die nichts für die Umbenennung kann. Weil Hannah Arendt auch eine Jüdin zu Lebzeiten war, wird der Vorgang auch Nahrung für den Antisemitismus sein. Es wäre klüger gewesen, dem Platz den alten Namen zu belassen und über die mangelnde Urteilsfähigkeit der Mitglieder jenes Gremiums zu klagen, die einst den Platz nach Kopf benannt haben. Die Stadt Hannover hätte Hannah Arendt mehr und besser geehrt, wenn sie ein Haus der Philosophie oder des politischen Gesprächs gestiftet und dieses mit ihrem Namen geschmückt hätte.

c) Für die Umbenennung der Hindenburgstraße kann auch noch ein ganz anderes Motiv vermutet werden. Nachdem die „Linken“ mit Hinrich-Wilhelm Kopf einen der ihrigen ehemaligen herausragenden Mitglieder in der Gedenkkultur opfern mussten, muss wegen der Proporz in der Behausung der als „unwürdig“ erklärten Verblichenen eine Figur der „Rechten“ fallen. Wenn das stimmt, dann hat das aber wenig mit jenen Personen zu tun, die fallen gelassen wurden oder werden. Es hat dann auch nichts mit einem Kampf für Demokratie und gegen Faschismus zu tun, sondern mit dem Machterhalt der eigenen Partei und mit dem Ablenken der SPD und der Vorgängerparteien der FDP und CDU in der Vor-Hitler-Zeit von ihrer negativen Rolle, die sie bei der „Inthronisierung“ von Hitler und der NSDAP gehabt haben. Vergleicht man das Versagen der Demokraten in der Weimarer Republik mit dem Versagen des Reichspräsidenten Paul von Hindenburg, der sich offensichtlich nicht als Demokrat fühlte, aber verfassungstreu war, dann hat die Etablierung von Adolf Hitler als Reichskanzler mehr mit den Sozialdemokraten als mit von Hindenburg zu tun. Die Löschung des Straßennamens Hindenburgstraße ist dann – wenn der Autor Gerhard Ziemer von Hindenburg richtig beschreibt - eine auf die Politik übertragene Haltet-den-Dieb-Methode. Diese Aussage wird vielen, die sich auf dem garstigen politischen Feld tummeln, nicht gefallen. Aber ich schreibe dies ja auch nicht, um zu gefallen, sondern um einen klitzekleinen Beitrag dazu beizutragen, dass diejenigen von uns, die sich als Demokraten verstehen, nicht selbst innerhalb der Zeitspanne von hundert Jahren, selbst ein zweites Mal den politischen Untergang ansteuern.

Es folgt der Ausschnitt aus dem Buch von Ziemer, der sich mit der Rolle von Hindenburgs

befasst. Vorher gebe ich den Klappentext mit der Auskunft über den Autoren als Bild-Datei wieder. Eine weitere biografische Auskunft über den Autor habe ich im Netz nicht gefunden, wohl aber Hinweise auf sein Buch „*Deutscher Exodus: Vertreibung und Eingliederung von 15 Millionen Ostdeutschen*“. <sup>6</sup>



Foto: I. v. Wesebe-Hogrefe

Dr. jur. Gerhard Ziener, Jahrgang 1904, Studium der Rechts- und Finanzwissenschaft in Jena, München und Berlin, nach Referendar- und Assessorexamen zunächst richterliche Tätigkeit in Pommern, dann bis 1945 Vorstandsmitglied der Pommerschen Bank und Generallandschaftssyndikus der Pommerschen Landschaft; nach dem Krieg Mitbegründer und geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Lastenausgleichsbank in Bonn-Bad Godesberg.

Es folgen die Ausführungen von Gerhard Ziener zu Paul von Hindenburg aus seinem Buch „*Inflation und Deflation zerstören die Demokratie*“, 1971, auf den Seiten 225 bis 229.

---

<sup>6</sup> Dieses Buch von Ziener kenne ich nur vom Titel her.



Die Erkenntnis, daß Brüning für die Bekämpfung der Wirtschaftskrise ein extrem ungeeigneter Reichskanzler war, führt notwendigerweise zu einer anderen Beurteilung Hindenburgs, als sie vielfach üblich geworden ist. Man wirft Hindenburg vor, daß er Brüning als Kanzler entlassen und nacheinander Papen, Schleicher und Hitler zu Reichskanzlern gemacht habe. Wer noch eine Erinnerung an die Jahre vor 1933 hat, weiß, daß Hindenburg nach Herkunft und eigener Einstellung den Nationalsozialismus als Programm und Hitler als Person ablehnte. So dachte auch Hindenburgs Umgebung. Das war den Nationalsozialisten bekannt. Sie sahen in Hindenburg ihren stärksten Widerstand. Die Feindschaft der Nationalsozialisten gegen Hindenburg und seinen aus dem Adel und der Generalität stammenden Freundeskreis kam in dem Wahlkampf um die Reichspräsidentenschaft im Frühjahr 1932 unverhohlen zum Ausdruck. Der damals schon vierundachtzigjährige Hindenburg hätte für sich selbst besser gehandelt, eine nochmalige Kandidatur abzulehnen. Dann hätte man sich auf einen anderen zugkräftigen Kandidaten gegen Hitler einigen müssen. Mit einem anderen Gegenkandidaten als Hindenburg hätte Hitler aber aller Voraussicht nach die Wahl gewonnen und es wäre schon im Frühjahr 1932 zur Machtergreifung durch den Nationalsozialismus auf dem Wege über die Reichspräsidentenschaft Hitlers gekommen. Man kann nicht bestreiten, daß Hindenburg die Bürde einer Amtsverlängerung auf sich genommen hat, weil ihm erklärt worden war, daß nur er die Wahl Hitlers verhindern könne. So ist es dann auch gekommen. Es ist oft von einem Treuebruch Hindenburgs gegenüber Brüning die Rede. Aber durfte nicht auch Hindenburg erwarten, nachdem er sich, den Wünschen der demokratischen Parteien folgend, nochmals als Reichspräsident zur Verfügung gestellt hatte, daß man nunmehr auch ihn von dieser Seite nicht im Stich lassen würde, wenn er zur Überwindung der Krise und doch im-

225

mer noch zur Abwehr der Nationalsozialisten einen Kanzlerwechsel vornahm? Das geschah jedoch nicht. In der jeder politischen Vernunft spottenden Abstimmung im Reichstag vom 12. September, als alle Parteien bis auf das Häuflein der Deutschnationalen in Eintracht mit Nationalsozialisten und Kommunisten gegen den Präsidialkanzler Papen, das heißt gegen Hindenburg, stimmten, ohne eine andere nichtnationalsozialistische Alternative anzubieten, wurde Hindenburg von den demokratischen Parteien im Stich gelassen. Das konnte doch nur die weitere Entscheidung auf einen militärischen Staatsstreich oder ein Kabinett Hitler zutreiben. So sahen es damals auch die Nationalsozialisten, die über das Abstimmungsergebnis frohlockten. In diese Lage wurde Hindenburg von den gleichen Parteien hineinmanövriert, auf deren Wunsch er zum zweiten Mal Reichspräsident geworden war.

Hindenburg war kein Demokrat, aber er war verfassungstreu. So blieb für Hindenburg nach dem Schleicherschen Zwischenkabinett, das ebenfalls von den demokratischen Parteien abgelehnt wurde, als die eine Alternative nur die Außerkraftsetzung

des Reichstags, das heißt der Verfassungsbruch. Das lehnte Hindenburg ab, nachdem auch die Führer der demokratischen Parteien, die er angehört hatte, vom Verfassungsbruch abgeraten hatten. Die andere Alternative war die verfassungsmäßige Lösung, das heißt ein Kabinett Hitler, das sich auf die Mehrheit des Reichstags stützen konnte. Ein jüngerer Reichspräsident als Hindenburg hätte vielleicht trotz allem den militärischen Einsatz gewagt. Wenn wir bedenken, was der Nationalsozialismus angerichtet hat, möchten wir dieser Lösung wenigstens gedanklich eine Realität einräumen. Aber kann man Hindenburg im Nachurteil wirklich vorwerfen, daß er als sehr alter Mann am Ende eines langen an die beschworene Pflicht gebundenen Lebens den offenen Bürgerkrieg scheute, zu dem auch die jüngeren Politiker nicht rieten? Mit der vorsichtigen Zusammensetzung des neuen Kabinetts, in dem neben Hitler zunächst nur zwei Nationalsozialisten vertreten waren, hoffte auch er wie viele andere, Hitler und den Nationalsozialismus zu zähmen, wenn nur erst das Elend der Wirtschaftskrise und der Massenarbeitslosigkeit überwunden war.

Hindenburg war als Reichspräsident ungewollt schon seit

226

1930 durch die Uneinigkeit der Parteien in eine Lage geraten, auf die er nicht vorbereitet war und nach Alter und Herkunft auch gar nicht vorbereitet sein konnte. Brüning hatte ihn in den sechszwanzig Monaten seiner Kanzlerschaft 67 Notverordnungen unterschreiben lassen. Der Reichstag konnte die Notverordnungen nachträglich aufheben. Bis dahin waren sie Gesetz und wie ein Gesetz durchzuführen. De facto war schon unter Brüning der Reichstag weitgehend ausgeschaltet und Brüning wie seine Nachfolger Papen und Schleicher ein Präsidialkanzler. Manche Historiker verlegen deshalb das Ende der Weimarer Republik schon in den März 1930, als Reichskanzler Müller durch Brüning abgelöst wurde. Menschlich gesehen war es von den damaligen nichtradikalen Parteien des Reichstags eine Zumutung, Hindenburg persönlich in der wachsenden Not des Volkes Entscheidungen treffen zu lassen, die in einer parlamentarischen Notgemeinschaft der nichtradikalen Parteien demokratisch hätten getroffen werden müssen. Die unausweichliche Folge der Unfähigkeit der nichtradikalen Reichstagsparteien, sich zu einer gemeinsamen Verantwortung zusammenzufinden, wo es in Deutschland an allen Ecken und Enden brannte, war die Umwandlung der persönlichen Umgebung Hindenburgs in ein nunmehr politisch bedeutungsvolles Gremium. Auch hieraus wird Hindenburg nachträglich ein Vorwurf gemacht und auf den »in der Verfassung nicht vorgesehenen« Sohn Oscar von Hindenburg verwiesen. Doch wohl zu Unrecht. Wenn Hindenburg in seiner Person durch Annahme, Änderung oder Ablehnung der ihm vom Kanzler vorgelegten Notverordnungsent-

würfe den Reichstag ersetzen sollte, so war es selbstverständlich, daß er darüber auch mit anderen als mit Brüning selbst zu Rate ging, der insoweit der Gegenpart war. Diese anderen, die Hindenburg brauchte, wenn er sich von den Auswirkungen der Notverordnungen eine eigene Vorstellung machen wollte, konnten nur seine ständige persönliche Umgebung und sein persönlicher Bekanntenkreis sein. Das waren keine Intrigen, sondern die Zwangsläufigkeit des von den Parteien selbst herbeigeführten Notverordnungsweges.

Eine gewisse Bedeutung für die von Hindenburg zu treffenden Entscheidungen hatte seine persönliche Umgebung natürlich immer gehabt. Sachlich fand das aber bis 1930 seine Gren-

227

zen in den Zuständigkeiten der Weimarer Verfassung, die Hindenburg 1925 beschworen und als Reichspräsident auch beachtet hatte. Jetzt waren diese verfassungsmäßigen Zuständigkeiten des Reichspräsidenten durch das Verhalten der demokratischen Parteien, die die Gesetzesinitiative den Notverordnungen des Reichspräsidenten überließen, uferlos erweitert. Bis zur Reichstagswahl im Sommer 1932 hatten die Parteien zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten immer noch die Mehrheit gehabt. Wer sich an diese Jahre erinnert, weiß, daß es gerade die Untätigkeit des Reichstags war, die neben dem Wachsen der Krise den Nationalsozialisten und Kommunisten die Wähler zutrieb. Diese Untätigkeit des Reichstags war für die Nationalsozialisten eines der Hauptthemen ihrer Propaganda. Auch in der Rückbetrachtung bleibt die Apathie der demokratisch gesonnenen Parteien, die den Reichstag im Anblick des wartenden Volkes überflüssig machten, rätselhaft. Der Verfasser erklärt vielleicht nach Ansicht mancher Leser schon zu viel mit der wirtschaftlichen Ratlosigkeit. Aber auch diesen Vorgang kann man nicht anders deuten. Nur das Unvermögen, des zunehmenden Wirtschaftszerfalls und der wachsenden Arbeitslosigkeit Herr zu werden, und die heimliche Einsicht des einzelnen Reichstagsabgeordneten in dieses Unvermögen geben eine Erklärung dafür, daß die noch immer mögliche parlamentarische Mehrheit nicht zustande kam und statt dessen dem über achtzigjährigen Hindenburg das Kommando für das Staatsschiff überlassen wurde.

Hindenburg hat über zwei Jahre hindurch Brüning sein Vertrauen geschenkt und die vom Kanzler vorgelegten Notverordnungen unterschrieben. Daß der Fortschritt der Krise, das heißt der wirtschaftliche Mißerfolg der von Brüning empfohlenen Notverordnungsmaßnahmen, auch Hindenburg und seinen persönlichen Bekanntenkreis, zu dem auch seine Gutsnachbarn gehörten, tief beeindruckte, war natürlich. Die Verdopplung der Zahl der Arbeitslosen während der Kanzlerschaft Brünings von 3 auf 6 Millionen mit weiteren Millionen Kurzarbeitern machte eine Änderung der Innenpolitik, das heißt eine Abberufung

Brünings, der keine Alternativvorschläge kannte, ständig akut. Wenn nicht der wirtschaftlich unerfahrene alte Generalfeldmarschall Hindenburg, sondern ein jüngerer und tatkräftiger

228

Politiker damals Reichspräsident gewesen wäre, hätte Brüning sicherlich schon vor dem Mai 1932 zurücktreten müssen. Jeder Kanzler und Premierminister steht unter dem politischen Gesetz des Erfolges oder Mißerfolges. Brüning war als Kanzler der Krise erfolglos.

Der Verfasser möchte das Buch mit Ausführungen des im Oktober 1968 verstorbenen Professors L. Albert Hahn <sup>137 / 7</sup> schließen, entnommen aus dessen großem Aufsatz in der Zeitung »Die Zeit« vom 5. April 1963. Hahn, zugleich überragender Währungswissenschaftler und erfahrener Bankier, war in der Deflationskrise einer der führenden Reformer. Hahn, der seinem Aufsatz die Überschrift gegeben hatte: »Brüning war an allem schuld - Eine falsche Wirtschaftspolitik ebnete den Weg für die Massenverführer« schreibt darin:

»Die Brüning-Luthersche Deflationsperiode, die 1931 begann, ist, wenn nicht die tragischste, so doch die paradoxeste der letzten fünfzig Jahre. Es ist die paradoxeste, weil alles, aber auch alles, was seitdem geschah - Nazirevolution, Krieg, moralische und physische Vernichtung von Millionen Menschen und schließlich die deutsche Niederlage - nach meiner und vieler meiner Freunde Auffassung vermieden worden wäre, wenn die damals die Hebelstellung der Wirtschaft, das Geldwesen, direkt oder indirekt Beherrschenden sich nur ein wenig aufgeschlossener gegenüber heute selbstverständlichen Gedankengängen gezeigt und den kumulativen Deflationsprozeß unterbrochen hätten. Statt dessen hat man, die Jüngeren werden sich den damaligen Mangel an Urteilsfähigkeit gar nicht mehr vorstellen kön-

229

nen, ...

---

7 /137 Professor Dr. Dr. Dr. h. c. L. Albert Hahn wurde am 12. Oktober 1889 in Frankfurt/M. geboren. Er studierte Rechtswissenschaft und Philosophie, erwarb in beiden Fakultäten den Doktorgrad, wurde Assessor und Rechtsanwalt und trat 1919 in den Vorstand der Deutschen Effecten- und Wechselbank in Frankfurt/M. ein, einer Gründung seiner Vorfahren. Im Jahre 1928 wurde Hahn neben seiner weiteren Tätigkeit als praktischer Bankier auf Grund seiner zahlreichen Veröffentlichungen über Themen des Geldwerts und der Konjunkturlehre Honorarprofessor an der Universität Frankfurt/M. Im Jahre 1936 ging Professor Hahn in die Emigration. Durch Gastvorlesungen in New York, später auch in Paris und Zürich, und durch Bücher und Aufsätze, die bis kurz vor seinem Tode erschienen, wurde Professor Hahn als Währungs- und Konjunkturwissenschaftler weltweit anerkannt. Er starb am 4. Oktober 1968 in Zürich.